



146 weiße Wohncontainer sind derzeit auf dem Gelände an der Marienfelder Straße abgestellt. Bezogen werden zunächst aber drei Bestandsgebäude.

Foto: Andreas Frücht

49 Geflüchtete leben aktuell am ehemaligen Flughafen

Die meisten Bewohner der Landeseinrichtung in der früheren Kaserne stammen aus Syrien. Die Bezirksregierung äußert sich dazu, wie der Probetrieb angelaufen ist.

Christian Bröder

■ **Gütersloh.** Der Betrieb in der Landes-Flüchtlingsunterkunft auf dem ehemaligen Militärflughafen in Gütersloh ist am Mittwoch, 3. Januar, als „Testlauf“ aufgenommen worden. Nach gut anderthalb Wochen zieht die Bezirksregierung Detmold jetzt ein erstes positives Zwischenfazit. „Der Start des Probetriebs der Einrichtung verlief gut“, erklärte Sprecher Peter Westphal am Freitag gegenüber der „Neuen Westfälischen“. Aktuell wohnen 49 Geflüchtete in der Unterkunft. Sie haben ihre Quartiere in ehemaligen Unteroffiziersgebäuden bezogen.

Zurzeit sei eine Unterbringung von bis zu 100 Menschen möglich, sagt der Regierungssprecher. Die Kapazität der Unterkunft soll schrittweise erhöht werden. „Der genaue Termin für die Ankunft der nächsten Bewohner steht noch nicht fest.“ Es sei aber nicht abwegig, dass möglicherweise schon am Samstag wei-

tere Personen kämen. Dann schließt die Bezirksregierung wie geplant ihre Unterkunft im Musikerviertel in Bielefeld, die letzten fünf Bewohner werden auf andere Landesunterkünfte verteilt. In Bielefeld verbleiben dann die Einrichtungen am Südring und im Oldentruper Hof.

146 Wohncontainer ergänzen die Bestandsgebäude

Die Bewohnerschaft in der Gütersloher Notunterkunft auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne Princess Royal Barracks kommt aus insgesamt zehn Herkunftsländern. Am meisten vertreten sind Menschen aus Syrien (26), der Türkei (5), dem Irak (4) und Afghanistan (3). „Die weiteren Herkunftsländer sind Ägypten, Algerien, Guinea, Georgien, Somalia und Tadschikistan“, berichtet Peter Westphal.

Untergebracht sind die Geflüchteten bislang in drei Be-

standsgebäuden, die sich im westlichen Teil des Areals des ehemaligen Gütersloher Militärflughafens befinden. Die Herrichtung der Gebäude und des komplett eingezäunten Geländes an der Marienfelder Straße (B 513) ist zuletzt wie geplant verlaufen.

Als Restarbeiten sei es vorgesehen, so der Sprecher der Bezirksregierung, einen Weg zu befestigen und im ehemaligen Impfzentrum, wo Kantine, Registrierung und Kleiderkammer untergebracht sind, Leichtbauwände als Raumteiler zu montieren.

Das sagt die Bezirksregierung über die Kosten

Auf dem Gelände sind zurzeit 146 Wohncontainer abgestellt, weitere sollen noch folgen. Die Wohncontainer ergänzen die Bestandsgebäude, um zu einem späteren Zeitpunkt die Geflüchteten unterzubringen. Insgesamt sollen bei einer Vollauslastung 700 bis

800 Personen am Flughafen untergebracht werden. „Ein konkreter Termin für die Nutzung der Wohncontainer steht noch nicht fest“, gab Peter Westphal am Freitag an.

Hinsichtlich des finanziellen Rahmens für das Einrichten und den Betrieb der Notunterkunft am Flughafen Gütersloh erklärte der Regierungssprecher, dass die Kosten für die Unterkunft vom Land getragen würden. „Konkrete Angaben zu den Kosten für die Dienstleistungen, also Sicherheit, Betreuung et cetera, sind aus wettbewerblichen Gründen nicht möglich.“

Die Liegenschaft gehört der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA), die der Bezirksregierung einen Teil zur Nutzung als Flüchtlingsunterkunft mietfrei überlassen hat. Die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Schutzsuchenden belaufen sich für das Jahr 2023 auf insgesamt rund 518 Millionen Euro.